SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.01.2008

AN/0164/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	21.01.2008

Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

Sehr geehrte Frau Manderla,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die o. g. Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 21.01.2008 zu setzen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen begrüßen das vorgelegte Konzept gegen Jugendkriminalität. Als erstes Maßnahmepaket deckt es sich mit den Ergebnissen aus dem Hearing im Mai 2007.

Es ist davon auszugehen, dass die darüber hinausgehenden Maßnahmen aus dem Ratsbeschluss vom 19.06.2007 in die Fortführung der Konzeption einfließen werden.
Wir beantragen eine geringfügige Änderung der Vorlage wie folgt:

<u>Beschluss:</u>

- Die Anlage 5 wird wie folgt geändert:

Ziff 3:
Im ersten Punkt wird für die Gesundheitsverwaltung 1 Stelle zur Unterstützung der Koordination und Anlaufstelle im Suchtbereich eingerichtet.
2 weitere Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bei Trägern aus der Suchtarbeit mit besonderen Erfahrungen mit den entsprechenden Zielgruppen

gefördert.
2 weitere Stellen, bisher im Bereich Suchtclearing vorgesehen, werden dem Amt für Kinder, Jugend und Familie zur Steuerung und Intervention durch Streetwork zugeordnet. Darüber hinaus erhält ein Träger aus dem Bereich Diversionsmaßnahmen Zuschüsse für eine weitere Stelle.
Der Beschlusstext der Vorlage ist entsprechend zu ändern.

- Anlage 6 a)

Die Verwaltung wird gebeten, das erfolgreiche Kölner Intensivtäterprogramm in Absprache mit den Kooperationspartnern Polizei und Justiz in zwei Zielrichtungen auszuweiten:

- zahlenmäßiger Ausbau des Programms auf 150 Plätze
- Einbeziehung sog. jugendlicher „Schwellentäter“, die knapp unter der Einstufung zum Intensivtäter liegen

Wir fordern das Land auf, die Zusammenarbeit in diesem Projekt auszubauen, ebenfalls entsprechende Ressourcen bereitzustellen sowie vorhandene Handlungsspielräume - etwa zeitnahe Strafverfolgung - zu nutzen. Die Stadt Köln ist bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Die Maßnahmen des gesamten Konzeptes werden nach zwei Jahren extern bewertet (evaluiert).

Begründung:

Das von der Verwaltung vorgelegte Maßnahmenpaket ist der richtige Weg, die Jugendkriminalität in Köln mittel- und langfristig spürbar zu reduzieren. Es setzt auf den bewährten Dreiklang aus Prävention, konkreter Hilfestellung wie auch möglichen Sanktionsmaßnahmen.
Die individuellen Ursachen der Jugendkriminalität können auch nicht losgelöst von familiären Strukturen betrachtet werden, sie stehen in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Problemen wie Perspektivlosigkeit, Armut, fehlende Aufstiegschancen, Mängeln im Bildungssystem oder Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung der Kriminalität muss als gesamtgesellschaftliche Aufgebe verstanden werden. Heranwachsenden Kindern und Jugendlichen soll die Chance gegeben werden, sich aus dem kriminellen Umfeld zu lösen. Ebenso muss ihnen verdeutlicht werden, dass im Falle eines Delikts „Strafe auf dem Fuße folgt“ und damit auch eine Verhaltensänderung bewirkt.
Die Vorlage steht in einer Reihe von Ratsinitiativen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität. Die Verwaltung wird bei ihren Bemühungen um den Ausbau des von Polizei und Justiz favorisierten „Kölner Weges“ unterstützt.
Ein Baustein ist das Kölner Intensivtäterprogramm. Es zeigt vor Ort sehr gute Ergebnisse. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Projektpartnern Polizei, Jugendgericht, Staatsanwaltschaft und Bewährungshilfe konnten Verfahrensschritte vereinfacht und reduziert werden. Eine quantitative Programmausweitung wie auch die Einbeziehung sog. Schwellentäter ist notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer